

An

den Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses
Dr. Ralf Unna

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 04.05.2020

AN/0540/2020

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Gesundheitsausschuss	05.05.2020

Misstände in der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Köln-Bayenthal sofort beenden

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

die SPD-Fraktion bittet Sie, folgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung des Gesundheitsausschusses am 05.05.2020 zu setzen.

In einem offenen Brief vom 23. April 2020 an den nordrhein-westfälischen Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Karl-Josef Laumann, und an den Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, Dr. Joachim Stamp, kritisiert der Kölner Verein „agisra“ die Zustände in der Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) in Köln-Bayenthal als „unhaltbar“.¹ Zurzeit wohnten etwa 800 Menschen in „unerträglicher Enge und Nähe zueinander“ in der Unterkunft. Durch die örtlichen sowie räumlichen Gegebenheiten seien Geflüchtete der Gefahr ausgesetzt, sich mit dem Corona-Virus zu infizieren. Familien (zum Teil aus fünf Personen oder mehr bestehend) wohnten in Container-Segmenten von 12 bis 14 qm, Alleinstehende teilten sich mit bis zu vier fremden Personen eines dieser Segmente. Zehn Familien (40 bis 50 Personen) teilten sich vier Toiletten und vier Duschen. Einige Menschen lebten schon seit Monaten in der Containerunterkunft, die nur für einen kurzen Aufenthalt vorgesehen sei. Die Belastungssituation sei enorm. „agisra e.V.“ befürchtet, dass, falls es zu einer Corona-Infizierung komme und die Menschen in der Anlage unter Quarantäne müssten, mit Konflikten und Aggressionen zu rechnen sei.

¹ <https://agisra.org/offener-brief-zur-aktuellen-situation-in-der-landeserstaufnahmeeinrichtung-in-koeln-bayenthal/>

Beschluss:

1. Der Gesundheitsausschuss appelliert an die Landesregierung NRW, die Missstände in der Landeserstaufnahmeeinrichtung sofort zu beseitigen und die Bewohner*innen schnellstmöglich den Kommunen zuzuweisen.
2. Der Gesundheitsausschuss fordert die Oberbürgermeisterin Henriette Reker auf, diesen Appell gegenüber der Landesregierung mit Nachdruck zu vertreten

Begründung:

Im Sozialausschuss vom 23.04.2020 hat die SPD-Fraktion nachgefragt, wie die Situation für Geflüchtete in der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Köln-Bayenthal ist. Der Leiter des Amtes für Wohnungswesen erklärte, dass die Stadt Köln für die Unterkunft nicht zuständig sei. Zwar ist dies formal korrekt, aber der gesundheitliche Schutz von Menschen, die in unserer Stadt leben, und der Mitarbeiter*innen der Einrichtung, die vermutlich auch hier leben, darf uns nicht egal sein.

Ein Bericht in der Sendung „Monitor“ vom 30.04.2020 zeigt, wie gefährlich und wahrscheinlich es ist, dass Menschen in Massenunterkünften an Corona erkranken. Dort Lebende hätten kaum eine Chance, sich ausreichend zu schützen oder auf Distanz zu gehen. Mit dem Corona-Virus Infizierte würden nicht ausreichend von gesunden Bewohner*innen getrennt und hilflos allein gelassen.

Im KStA vom 24.04.2020 wird auf das Beispiel Singapur verwiesen. Singapur galt als Musterland der Eindämmung des Corona-Virus. Da man sich aber nicht um Wohnheime gekümmert habe, in denen Migrationsarbeiter*innen unter erbärmlichen Bedingungen zusammen lebten, sich deshalb vermehrt ansteckten und in der Stadt einkauften usw., seien die Infektionszahlen schließlich steil angestiegen. Wenn Menschen so in Köln untergebracht werden, wie es in der Unterkunft in Köln-Bayenthal mutmaßlich der Fall ist, stellt das neben der erheblichen Gefahr für die Bewohner*innen auch ein Risiko für uns in Köln dar.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Corona-Pandemie hat leider sehr deutlich gemacht, wie vulnerabel Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften sind. Die seit dem 01.05.2020 bekannte Infizierung mindestens einer Person in einer Gemeinschaftsunterkunft in Köln mit dem Corona-Virus zeigt, dass Eile geboten ist, die Menschen in der Landeserstaufnahme bei uns in Köln jetzt zu schützen. Die geschilderten Missstände müssen dringend abgestellt werden. Die zu treffenden Entscheidungen dulden daher keinen Aufschub.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke

SPD-Fraktionsgeschäftsführerin